



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 3 1 - 0 0 0 8**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VII

Stellenfreigaben Ordnungsamt

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

Dr. Franz

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: -972.876,73 €
 in %: - 4,6

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
		2017	Personalbudget	428.200			diverse	630098	Personalaufwendung
Summe einmalige Kosten:				428.200					

		2018 ff	Personalbudget	734.058			diverse	630098	Personalaufwendung
Summe Folgekosten:				734.058					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

Die Personalkosten für das Jahr 2017 sind anteilig ab Juni 2017 berechnet.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Wirkung vom 9. Mai 2017 hat der Oberbürgermeister eine Verfügung erlassen, die die neue Organisation der Ämter 31 Ordnungsamt und 34 Straßenverkehrsamt regelt. Gleichzeitig ist mit Wirkung vom 9. Mai 2017 ein Dezernatsverteilungsplan in Kraft getreten, mit dem 34 Straßenverkehrsamt Dezernat V zugordnet wird. Mit dieser Vorlage wird die Freigabe und Besetzung von Stellen erwirkt, die nach Umsetzung der organisatorischen Veränderungen für die weitere Handlungs- und Funktionsfähigkeit des Ordnungsamtes dringend erforderlich sind.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 mit Wirkung vom 9. Mai 2017 dem politischen Willen zur Trennung der Stadtpolizei und der Verkehrsüberwachung sowie der Schaffung eines Straßenverkehrsamtes mit Unterzeichnung einer Organisationsverfügung und eines neuen Dezernatsverteilungsplanes durch den Oberbürgermeister Rechnung getragen wurde.
- 1.2 sich mit der Umsetzung der Organisationsverfügung die Mitarbeiterstärke des „neuen“ Ordnungsamtes durch die Integration der Abteilungen Standesamt und Einwohnerwesen und Bürgerservice, Wahlen - bisher 34 Bürgeramt - von rund 170 auf 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verändert hat. Die zu verwaltenden Standorte haben sich von 5 auf 7 erhöht.
- 1.3 von den Ortsbeiräten eine höhere, regelmäßiger Präsenz der Stadtpolizei in den Ortsbezirken und der Innenstadt gefordert wird. Diese geforderte Präsenz, insbesondere bei den Aufgaben Anlagenschutz, Hundekontrollen, sichere Innenstadt, Einhaltung der Alkoholverbotzonen, Kontrollen Rheinschiene und höhere Sicherheit bei Veranstaltung lässt sich nur durch eine zeitnahe Besetzung aller zur Zeit im Ordnungsamt zur Verfügung stehenden unbesetzten Stellen erreichen.

2. Es wird beschlossen, dass

- 2.1 die in der Übersicht aufgeführten, im Stellplan vorhandenen - aber unbesetzten - Stellen Dez. VII/ 31 umgehend zur Besetzung freigegeben werden und das Stellenbesetzungsverfahren vorab der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung genehmigt wird. Das erforderliche Personalbudget für 2017 wird von Dez. VII/ 31 innerhalb des Budgets gedeckt.
- 2.2 die Entscheidung über die Deckung des ab 2018 ff. benötigten Personalbudgets in den Haushaltsplanberatungen durch die Gremien zu treffen ist.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Im Ordnungsamt wurden in der Vergangenheit mehrere freigewordene Stellen nicht wiederbesetzt. Dies geschah zum einen im Hinblick darauf, dass zunächst abzuwarten war, ob die städtischen Gremien der Entfristung der 25 befristeten Ordnungspolizeibeamtinnen und Ordnungspolizeibeamten (OPB) zustimmen würden.

Für den äußersten Notfall wollte das Ordnungsamt aus Gründen der Fürsorge für einen Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Stellen zur Verfügung stellen. Diese Maßnahme hätte allerdings dann zu einer wesentlichen Einschränkung der Präsenz der Stadtpolizei geführt. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 30. März 2017 der Entfristung mit Beschluss-Nr. 0093 zugestimmt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden unbefristet in den städtischen Dienst übernommen.

Zum anderen wurden Stellen im Hinblick auf die geplante Neuorganisation des Ordnungsamtes nicht wiederbesetzt. Zwischenzeitlich ist der Neuordnungsprozess - bis auf geringfügige Ergänzungen - abgeschlossen. Die freien Stellen sind mit neuer Funktion in dem Organigramm der Organisationsverfügung vom 9. Mai 2017 dargestellt.

Das Ordnungsamt hat mit dem vorübergehenden Aussetzen der Wiederbesetzung der Stellen sehr umsichtig und verantwortungsbewusst gehandelt. Die Schwerpunkt, wie höhere, dauerhafte Präsenz im gesamten Stadtgebiet, verstärkter Anlagenschutz und Hundekontrollen, sichere und saubere Innenstadt, intensivere Kontrolle der Alkoholverbotzonen, der Schulhöfe und Spielplätze sind beschrieben.

Eine sofortige Umsetzung in die Praxis sowie eine Qualitätssicherung sind nur möglich wenn alle Stellen besetzt sind.

Übersicht der zur sofortigen Freigabe und Besetzung anstehenden Stellen:

Organisations-einheit	Stellen-nummer und -wert	Funktion	Einzelfallbegründung
310010 Präventionsrat	3763 E 7	Besetzung der Stelle eines/r Sachbearbeiter/-in für die Stabsstelle Präventionsrat	Die Aufgaben der Geschäftsstelle des Präventionsrates werden im Ordnungsamt wahrgenommen. Hierfür stehen bisher keine Stellen zur Verfügung. Die Aufgabe ist so bedeutungsvoll und umfangreich, dass auch hierfür Stellen zur Verfügung gestellt werden müssen.
310110 Zentrale Dienste	11497 E 9a	Besetzung der Stelle eines/r Sachbearbeiter/-in im Bereich Allgemeine Verwaltung und Controlling	Durch die Eingliederung von Abteilungen des Bürgeramtes in das Ordnungsamt und den damit verbunden Aufgabenzuwächsen (z.B. mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, mehr Standorte, mehr Kennzahlen) ist es notwendig, eine freie Stelle in der Abteilung Allgemeine Verwaltung und Controlling freizugeben.
310210 Stadtpolizei	19008 19030 19038 E 10	Besetzung von 3 Stellen eines/r Ordnungspolizeibeamt/-in vom Dienst	Die Stadtpolizei arbeitet an 7 Tagen 24 Stunden. Bisher gibt es neben dem Sachgebietsleiter keine Führungsebene, die in der Lage ist, die Stadtpolizisten in diesem zeitlichen Umfang zu steuern und zu führen bzw. die in der Vorlage genannten Projekte inhaltlich und konzeptionell zu begleiten bzw. fortzuschreiben. Dies führte in der Vergangenheit wiederholt zu Beschwerden. Mit der Bildung dieser neuen Führungsstruktur wird dieses Problem gelöst.

310213 Außendienst Gefahrenabwehr	3816 3804 19003 19057 19060 E 8	Besetzung von 5 Stellen eines/r Ordnungspolizeibeamt/-in	Diese Stellen sind wie beschrieben zur Aufrechterhaltung der Präsenz der Stadtpolizei vorgesehen.
310221 Allgemeines Ordnungsrecht	4021 E 9a	Besetzung der Stelle eines/r Sachbearbeiter/-in im Bereich Hundeverordnung, HFEG	Durch die Teilung des Amtes sind Synergien im Bereich der Abschleppverfügungen verloren gegangen. Die bisher dafür zuständigen Kollegen wurden dem neuen Straßenverkehrsamt zugewiesen. Beim Ordnungsamt wird es aber zukünftig weiterhin Abschleppvorgänge geben.
310222 Außendienst Allgemeine Ordnungsange- legenheiten	4099 E 9a	Besetzung der Stelle eines/r Sachbearbeiter/-in im Außendienst	In diesem Bereich ist das Thema „Reduzierung der Taubenpopulation“ angesiedelt. Die alte Stelle wurde dem neuen Straßenverkehrsamt mit Budget und Stelleninhaber überlassen, um so die Handlungsfähigkeit im neuen Bereich Verkehrsüberwachung sicher zu stellen. Die Reduzierung der Taubenpopulation stellt einen Aufgabenschwerpunkt in diesem Bereich dar und wurde bereits in den Gremien behandelt. Hier muss dringend eine Stelle bereitgestellt werden.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 26. Juni 2017

Dr. Franz
Stadtrat